



Erweiterter interministerieller Ausschuss für Integration (Vertreter der Ministerien und der Zivilgesellschaft)

Protokoll der Sitzung vom 22. Februar 2023, 14:00 – 15:30 Uhr
Präsenzsitzung

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Einleitung
2. Präsentation des Gesetzesentwurfs über das interkulturelle Zusammenleben
3. Aktualisierung zum Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus und Rassendiskriminierung (NAP Antirassismus) und zu laufenden Aktionen
4. Gesprächsrunde zum Austausch über Prioritäten und Neuigkeiten im Zusammenhang mit Integration und interkulturellem Zusammenleben
5. Verschiedenes

Anwesend : Ministerielle Vertreter und Vertreter der Zivilgesellschaft: M. Sérgio Ferreira (ASTI), M. Marc Josse (Croix-Rouge luxembourgeoise), Nonna Sehovic (Caritas), Mme Louise Crosby (ONA), Max Steffen (ONA), M. Jean-Claude Milmeister (MESR), Mme Joëlle Gilles (MJ), Mme Elisabeth Reisen (MENEJ), Mme Nadine Erpelding (MC), Mme Mariza Guerreiro Victoria (MINT), M. Christopher Witry (MEGA), M. Ben Max (MDIG), M. Claude Tremont (MTEESS), M. Laurent Solazzi (MECO), M. Alain Bliss (MAEE), Mme Cathrin Nordmo (MLOG)

MIFA : Mme Anne Daems, Mme Gesa Schulte, M. Pierre Weiss, Mme Mariana Muzzi, M. Jean-Marc Assa, Mme Vesna Jovic, Mme Anna Kirsch

Entschuldigt: M. Sylvain Besch (CEFIS), Mme Anita Helpiquet (CLAE), M. Faruk Ličina (Caritas), M. Marc Konsbruck (MIFA), Mme Stéphanie Voll (MSAN), M. Laurent Peusch (ADEM)

1. Begrüßung und Einleitung

Anna Kirsch hieß alle Teilnehmer·innen willkommen und dankte ihnen für die Anwesenheit. Der erweiterte interministerielle Ausschuss befasste sich mit den Themen, die auf der Tagesordnung standen.

2. Präsentation des Gesetzesentwurfs über das interkulturelle Zusammenleben

Jean-Marc Assa von der Abteilung für Integration stellte den [Gesetzesentwurf über das interkulturelle Zusammenleben](#) und zur Änderung des geänderten Gesetzes vom 8. März 2017 über die luxemburgische Staatsangehörigkeit vor.

Der Text, der am 20. Februar 2023 in der Abgeordnetenkammer eingereicht wurde, soll den bisherigen Ansatz der "Integration" durch einen breiteren, offeneren Ansatz des "interkulturellen Zusammenlebens" ersetzen. So nimmt der Gesetzesentwurf nach einer umfassenden öffentlichen Konsultation eine Überarbeitung der Instrumente des interkulturellen Zusammenlebens vor und hebt das geänderte Gesetz vom 16. Dezember 2008 über die Integration von Ausländern im Großherzogtum Luxemburg auf.



Konkret zielt der Text darauf ab, das interkulturelle Zusammenleben durch folgende Instrumente umzusetzen: 1) der Nationale Aktionsplan für das interkulturelle Zusammenleben; 2) der *Pacte citoyen* für das interkulturelle Zusammenleben; 3) das Programm für das interkulturelle Zusammenleben; und 4) der Gemeindepakt für das interkulturelle Zusammenleben. Auf nationaler Ebene soll ein *Conseil Supérieur* für das interkulturelle Zusammenleben geschaffen werden, der den derzeitigen interministeriellen Ausschuss für Integration und den Nationalen Ausländerrat ersetzt. Auf kommunaler Ebene werden die bisherigen Beratenden kommunalen Integrationskommissionen durch Kommunale Kommissionen für das interkulturelle Zusammenleben ersetzt. Die Bekämpfung von Rassismus und jeglicher Form von Diskriminierung ist ein zentrales und übergreifendes Element.

Sérgio Ferreira (ASTI) bat um Erläuterung, wie die Zivilgesellschaft in den Prozess der Verabschiedung des neuen Gesetzes einbezogen wird. Anne Daems wies darauf hin, dass die Ministerin den Partnern den Gesetzesentwurf vor der Einbringung in den Regierungsrat vorgelegt habe, um sicherzustellen, dass ihre Meinung berücksichtigt werde. Herr Ferreira betonte, dass der Gesetzesentwurf in der Tat [veröffentlicht](#) worden sei und dass es nun an der Zivilgesellschaft liege, ihre Stellungnahmen so schnell wie möglich einzuschicken, um einen schnellen Fortschritt der Verfahren zu ermöglichen.

Marc Josse (CRL) stellte fest, dass es eine starke Nachfrage von Personen mit vorübergehendem Schutzstatus gibt, an Integrationsprogrammen teilzunehmen, zu denen sie derzeit keinen Zugang haben. Die CRL begrüßt die Absicht des Gesetzentwurfs über das interkulturelle Zusammenleben, die Programme und den Pakt für das interkulturelle Zusammenleben für alle Einwohner·innen und Grenzgänger·innen unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit oder ihrem Aufenthaltstitel zu öffnen.

Anna Kirsch schloss diesen ersten Punkt, indem sie sich bei den Redner·innen bedankte und den Ausschuss darüber informierte, dass weitere Fragen jederzeit weitergeleitet werden können.

3. Aktualisierung zum Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus und Rassendiskriminierung (NAP Antirassismus) und laufenden Aktionen

Anschließend berichtete Mariana Muzzi von der Abteilung für Integration über laufende Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus und rassistischer Diskriminierung in Luxemburg, insbesondere die Ankündigung des Ministeriums für Familie, Integration und die Großregion, dass bis Ende 2023 ein Nationaler Aktionsplan gegen Rassismus und rassistische Diskriminierung (NAP Antirassismus) ausgearbeitet werden wird. Letzterer soll gemeinsam mit der Zivilgesellschaft, einschließlich der Verbände, welche rassisierte Gruppen vertreten, entwickelt werden.

Laut der 2022 veröffentlichten Studie "[Le racisme et les discriminations ethno-raciales au Luxembourg](#)" sind Menschen afrikanischer Abstammung in höherem Maße als andere Bevölkerungsgruppen Opfer von Rassismus und Diskriminierung, insbesondere bei der Arbeits- und Wohnungssuche, am Arbeitsplatz und im Bildungswesen. Daher wurden drei Aktionsbereiche für die Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung aus rassistischen Gründen festgelegt: Bildung, Wohnen und Beschäftigung.



Das Ministerium für Bildung, Kinder und Jugend (MENEJ) ist für die Konsultationen mit den Akteuren im Bildungsbereich zuständig, um konkrete Maßnahmen festzulegen, die in den NAP Antirassismus aufgenommen werden sollen. Zu diesem Zweck fand am 2. März 2023 ein erster Austausch zum Thema Rassismus und Rassendiskriminierung in der Bildung mit Mitgliedern der nationalen Kommissionen für Grund- und Sekundarschulbildung sowie mit Mitgliedern der Direktionen und Mitarbeiterinnen des MENEJ statt. Weitere Austauschmomente sind geplant, insbesondere mit dem *Conseil Supérieur de l'Education nationale*, der nationalen Vertretung von Eltern, Schülern und Lehrern.

Das Ministerium für Arbeit, Beschäftigung sowie Sozial- und Solidarwirtschaft (MTEESS) wird Gespräche mit Arbeitgebern, Gewerkschaften und anderen Akteuren in der Arbeitswelt führen, um konkrete Maßnahmen für den NAP Antirassismus festzulegen. Außerdem sind Gespräche mit dem zuständigen Ministerium und den Akteuren aus dem Bereich Wohnungswesen geplant.

Im Hinblick auf den rechtlichen Rahmen informierte Mariana Muzzi den Ausschuss über den Stand des Verfahrens zur Verabschiedung des [Gesetzentwurfs 8032](#) zur Ergänzung des Strafgesetzbuchs durch die Einführung eines allgemeinen erschwerenden Umstands für Verbrechen, Vergehen und Übertretungen, die aus einem Motiv heraus begangen werden, das auf einem oder mehreren der in Artikel 454 des Strafgesetzbuchs genannten Elemente beruht, einschließlich der Herkunft, der Hautfarbe oder der tatsächlichen oder vermuteten Zugehörigkeit zu einer bestimmten Ethnie, Nation oder Rasse.

Jene Maßnahmen gegen Rassismus und Rassendiskriminierung, die in Luxemburg bereits ergriffen wurden, lassen sich in drei Kategorien einteilen: Forschung, Weiterbildung und Sensibilisierung. Eine [nicht erschöpfende Liste](#) dieser Maßnahmen ist auf der Website der Abteilung für Integration zu finden. Die Abteilung ist offen für Vorschläge zur Ergänzung dieser Liste.

Sérgio Ferreira (ASTI) begrüßte die Entscheidung des Ministeriums, bis Ende 2023 einen NAP Antirassismus zu erstellen, und fragte, ob die Zivilgesellschaft eingeladen sei, sich an der Erstellung des Plans zu beteiligen. Er bedauerte, dass sich der Plan auf rassistische Diskriminierung beschränke.

Frau Muzzi betonte, dass ein interministerieller Beauftragter für die Koordinierung der Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus und Hass gegen LGBTIQ+ beim Staatsministerium ernannt wurde und dass das MIFA-Di nur für den Bereich Antirassismus zuständig ist. Sie erklärte außerdem, dass im Hinblick auf den NAP Antirassismus bereits mehrere Gespräche mit zwei Vereinen stattgefunden haben, die im Kampf gegen Rassismus und Rassendiskriminierung aktiv sind (FINKAPÉ und Lëtz Rise Up). Weitere Partner werden kontaktiert, um die Beteiligung aller relevanten Akteure zu gewährleisten. Die Abteilung ist offen für Vorschläge zur Organisation dieses Dialogs mit den Vereinen.

Pierre Weiss (MIFA-Di) erklärte, dass das CEFIS dabei ist einen qualitativen Bericht über die Erfahrungen von Opfern rassistischer Diskriminierung zu erstellen, der die Studie "[Le racisme et les discriminations ethno-raciales au Luxembourg](#)" ergänzen wird.



4. Gesprächsrunde zum Austausch über Prioritäten und Neuigkeiten im Zusammenhang mit Integration und interkulturellem Zusammenleben

Anna Kirsch erteilte den Teilnehmer:innen das Wort, um ihre Aktualitäten im Zusammenhang mit Integration und interkulturellem Zusammenleben vorzustellen und sich auszutauschen.

Nonna Sehovic (Caritas) stellte fest, dass es im Rahmen der Kampagne "Ich kann wählen" eine immer wiederkehrende Frage von den Zielgruppen der Caritas gibt, die da lautet: "Warum sollte ich mich in die Wählerlisten eintragen, wenn ich nicht einmal weiß, wen ich wählen soll?". Für Frau Sehovic ist dies ein Hinweis auf einen Mangel an Informationen über die wichtigsten Werte und Positionen der politischen Parteien in Luxemburg, die der breiten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden und auch für Schutzbedürftige zugänglich sind. Obwohl sie sich bewusst sei, dass dies nicht in der Verantwortung des MIFA liege, sei dies ein Punkt, der bei künftigen Kampagnen verbessert werden müsse.

Ben Max (MDIG) machte darauf aufmerksam, dass das *Zentrum fir politesch Bildung* ein [Factsheet](#) entwickelt hat, das einen Überblick über die verschiedenen politischen Parteien in Luxemburg bietet. Sérgio Ferreira verwies den Ausschuss indessen auf die "[Selbstdarstellung der politischen Parteien in Luxemburg](#)" auf der CEFIS-Website.

Die ministeriellen Vertreter nahmen diese Anmerkungen und Vorschläge an und hielten fest, dass die politischen Parteien in den kommenden Wahlkampagnen stärker eingebunden werden müssen.

Mariza Guerreiro Victoria (MINT) erinnerte daran, dass das MINT am 11. Januar 2023 eine [Pressekonferenz](#) im Rahmen ihrer Sensibilisierungskampagne für die Kommunalwahlen durchgeführt hat.

Pierre Weiss informierte, dass das MIFA-Di in Zusammenarbeit mit dem CTIE und dem CEFIS sein Monitoring der Wählerregistrierungen auf kommunaler Ebene fortsetzt. Die nächsten Daten (aufgeschlüsselt nach Nationalität, Geschlecht und Altersgruppe) werden Anfang März an die 102 Gemeinden verschickt. Diese Informationen aus dem RNPP können für eine Sensibilisierungsstrategie genutzt werden, die sich an Einwohnergruppen richtet, die noch nicht in die Wählerlisten eingetragen sind.

Marc Josse (CRL) appellierte an den Ausschuss, Personen die vorübergehenden Schutz genießen nicht zu vergessen und Maßnahmen zu ergreifen, damit ihr Aufenthalt in Luxemburg für sie von Vorteil ist.

Anna Kirsch (MIFA-Di) informierte darüber, dass ab 2023 die Zuschüsse für Vereine anders organisiert werden, mit der Einführung von vier Anträge-Fristen, welche über das Jahr verteilt sind. Einzelheiten dazu befinden sich auf der MIFA-Di-[Website](#). Dann findet am 11. März 2023 der Orientierungstag (JO) des Aufnahme- und Integrationsvertrags (CAI) statt, und am 26. April 2023 wird die nächste Dialoggruppe für Integration auf lokaler Ebene (GRESIL) zum Thema "Gute Nachbarschaft" abgehalten. Auf dem Programm stehen Präsentationen und Informationsstände verschiedener Verbände und Gemeinden über bewährte Praktiken im Bereich „gute Nachbarschaft“ auf lokaler Ebene.



5. Verschiedenes

Bei dieser Sitzung des erweiterten interministeriellen Ausschusses für Integration wurden keine weiteren Punkte besprochen. Die Sitzung endete um 15.30 Uhr.

Im Anschluss an den ersten Teil berieten sich die staatlichen Vertreter weiter über Punkte, die bei der Umsetzung von Aktivitäten im Rahmen des Nationalen Aktionsplans für Integration (PAN Integration) zwischen den Ministerien koordiniert werden müssen.